

Leipziger Volkszeitung

Organ für die Interessen des gesamten werktätigen Volkes

Die Leipziger Volkszeitung ist das zur Veröffentlichung der amtlichen Bekanntmachungen des Polizeipräsidenten Leipzig, der Amtshauptmannschaft Leipzig u. des Stadtrats zu Großsch. beordn. bestimmte Blatt

Bezugspreis mit illustrierter Beilage Volk und Zeit für einen Monat einschließlich Bringerlohn 2.— Mark, für Selbstabholer 1.90 Mark. — Durch die Post bezogen 2.— Mark ohne Beilage. — Die Einzelnummer kostet 20 Pf. Telefon Sammelnummer 72208 — **Vorkassentkonto Leipzig Nr. 53477**

Redaktion: Leipzig, Tauscher Str. 19/21
Telegraphen-Adresse: Volkszeitung Leipzig
Telefon 72208. — **Verlag in Leipzig,**
Tauscher Straße 19/21 — Telefon 72208

Inseratenpreise: Die 10gepalt. Kolonellzeile 35 Pfg., bei Platzvorschrift 40 Pfg.
Stellenangebote 10gep. Kolonellzeile 25 Pfg. Familienanzeigen von Privatisten die 10gep. Kolonellzeile mit 50%. Nachl. Anzeigen 2 M., Inserate o. ausw. die 10gep. Kolonellzeile 40 Pfg. bei Platzvorschrift 50 Pfg., Anzeigen 2.25 M.

Die Leipziger Volkszeitung erscheint täglich nachmittags mit Ausnahme der Sonn- und Feiertage. — Abonnementsbestellungen nehmen die Austräger, unsere Zweigbüchse und alle Postanstalten entgegen

Fast 2 Millionen Arbeitslose

Zunahme um 400 000 in 2 Wochen

Das Reichsarbeitsministerium veröffentlicht soeben die in der Arbeitslosenversicherung und in der Krisenfürsorge festgestellten Zahlen der Hauptunterstützungsempfänger am 31. Dezember des vergangenen Jahres. Die Zunahme, die das Ministerium dabei mitgeteilt hat, ist nicht weniger als 398 000 Arbeitslose. In der Zeit vom 15. bis zum 31. Dezember neu in die Unterstützungsberufung hineingekommen. Die Gesamtzahl der Arbeitslosen erreicht damit wiederum eine Katastrophenhöhe.

Die Höchstzahl der unterstützten Arbeitslosen einschließlich der Rotstandsarbeiter wurde am 15. Januar 1927 verzeichnet und auf 2 082 000 beziffert. Der Rückgang dieser Zahl bis auf 518 800 am 15. Oktober 1927 ist von dem gesamten Bürgerium sowohl mit Erleichterung, als auch mit großer Genugtuung aufgenommen worden. Der gloriose Bilanzbericht soll die Grundlagen für dieses Abnehmens der Arbeitslosigkeit geschaffen haben. Dabei beruhen die statistischen Vergleiche zu einem erheblichen Teile auf Täuschung. Es ist durch eine sehr scharfe Aushebung der älteren und erwerbsbeschränkten Arbeitslosen, eine willkürliche Verminderung der Zahlen der Statistik erfolgt. Davon schließt die gesamte bürgerliche Öffentlichkeit. Das Schicksal der Ausgemittelten verfallt ja im Dunkel der Wohlfahrtspflege.

Nun verdirbt der Winter das schöne Konzept der Bürgerblockpartei für den kommenden Wahlkampf. In zwei Monaten, von Mitte Oktober bis Mitte Dezember, verdoppelte sich bereits wieder die Zahl der Arbeitslosen, die wohl aber über aus der Arbeitslosenversicherung, oder aus der Krisenfürsorge unterstützt werden oder auch mit Rotstandsarbeiten beschäftigt werden mußten. Die letzte Dezemberhälfte hat dazu noch den weiteren Zugang von

298 000 gebracht, so daß also am Jahresende 1927 die Zahl der unterstützten Arbeitslosen und der Rotstandsarbeiter zusammen etwa 1 440 000 betragen haben wird. Die Kurve der Arbeitslosigkeit stand am Ende des Jahres 1927 wieder auf rund 70 Prozent ihres Höchststandes am 15. Januar 1927.

Das alles sind Ergebnisse eines Vergleichs der amtlichen Zahlen. Wie schon so oft, weisen wir aber auch sehr wieder darauf hin, daß in diese Zahlen nicht alle Arbeitslosen einbezogen sind. Genau läßt sich das Verhältnis der aus irgendwelchen Gründen nicht aus der staatlichen Fürsorge bzw. Versicherung unterstützten Arbeitslosen zur Zahl der Unterstützten nicht feststellen. Vielfache Schätzversuche haben aber als wahrscheinlich erkennen lassen, daß die offiziellen Zahlen um rund 30 Prozent erhöht werden müssen. Nimmt man eine entsprechende Erhöhung der offiziellen Arbeitslosenziffer für Ende 1927 vor, so kommt man auf eine wahrheitliche Gesamtbeschäftigtenzahl von nicht viel weniger als 1.9 Millionen.

Durch das Moskauer Telegraphenbureau verbreitet das Reichsarbeitsministerium einen Kommentar, der die starke Zunahme der Arbeitslosigkeit aus weiteren Zugängen aus den Saisonberufen, aus der Einbüdung der Verminderung der Bauarbeit auf die Bauunternehmung und aus dem Nachlassen der Beschäftigung in manchen Gewerben nach der Hochspannung des Weihnachtsgeschäftes zu erklären versucht. Der Kommentar schließt mit der Bemerkung: „Ob darüber hinaus in der Zunahme der Arbeitslosigkeit auch eine beginnende Abschwächung der Konjunktur zum Ausdruck kommt, läßt sich zur Zeit noch in keiner Weise übersehen.“ Es muß jedoch so wenig mit einem in Bezug auf die Konjunkturaussichten bedenklichen Momenten, daß trotz längerer Winter und dem vorliegenden Berichtes auch seit dem 1. Januar eine weitere Vermehrung der Arbeitslosigkeit erfolgt ist.

Den englischen Wahlen näher!

Su den Nachwahlliegen der Labour Party

Der Wahlsieg der englischen Arbeiterpartei in Northampton, der vor einigen Tagen gemeldet wurde, ist in der 35. Wahlkreiswahl, die seit den Neuwahlen im Jahre 1924 stattgefunden haben, erkämpft worden. Die Ergebnisse dieser 35. Nachwahlen sind insofern bemerkenswert, als die Konservativen dabei einen Verlust von 5 Mandaten zu verzeichnen haben, während die Liberalen 1 und die Arbeiterpartei 7 Mandate gewinnen konnten. In früheren Zeiten ist ein solcher Ausfall der Nachwahlen für die jeweilige Regierung meist der Anlaß gewesen, das Parlament noch vor dem Ablauf der Session aufzulösen, um durch Neuwahlen eine Zusammenfassung herbeizuführen, die dem Stimmungsumschwung der Wähler entspricht. Die jetzige Regierung Baldwin scheint diese Absicht nicht zu haben. Obwohl die konservative Partei ganz eindeutig in starkem Maße an Anhang verloren hat, will sie dieses Parlament möglichst noch ein volles Jahr zusammenhalten. Ihre Mehrheit ist freilich auch außerordentlich stark. So stark, daß sie noch gut 35 Nachwahlen ertragen könnte, auch wenn sie alle mit Niederlagen für sie enden würden.

Ihren großen Sieg bei den Wahlen 1924 errangen die Konservativen bekanntlich durch einen großzügigen Wahlschwund, den sogenannten *Sinowjew-Brick*. Mit ihm gelang es ihnen, die englischen Bürger in eine so unheimliche Hoffschwermut hineinzujagen, daß sie sich in ihrer Angst hemmungslos in die Arme der Konservativen warfen. Damit würde das Ende der ersten Arbeiterregierung besiegelt, die, wenn sie schon keine entscheidende Wendung in Englands innerer und äußerer Politik gebracht, so doch immerhin bei Durchschnittpolitikern einen Schrecken in die Glieder gejagt hatte. Nun ist zwar die englische Arbeiterpartei alles andere als sozialistisch und schon gar nicht revolutionär. Aber allein die Wahrnehmung der Interessen der arbeitenden Bevölkerung im Parlament durch sie ist der kapitalistischen Klasse und ihren freiwilligen Helfstruppen ein Grauel. Besonders in England, wo ja Konservative und Liberale jahrzehntelang die Aufsicht vertreten haben, daß eine selbständige Arbeiterpartei völlig überflüssig ist, da die Arbeiterinteressen von ihnen, den Konservativen und Liberalen, ebensogut vertreten würden. Es hat lange genug gedauert, ehe ein großer Teil der englischen Arbeiter die Notwendigkeit eigener Klassenorganisationen anerkannte. Je mehr sich diese dann durchsetzten, um so heftiger wurde der Kampf, den die bürgerlichen Parteien gegen sie führten.

Dieser Kampf gegen die Trade Union und die Labour Party hat während der gegenwärtigen Parlamentsdauer eine außerordentliche Verschärfung erfahren. Der Ministerpräsident Baldwin galt zwar immer als ein „Mann des Ausgleichs“, als einer, der selbst im Kampfe gegen den rechten Flügel der Konservativen im Vordergrund steht. Doch als er das Amt des Ministerpräsidenten schon übernommen hatte, predigte er den „inneren Frieden“, den herbeizuführen die Aufgabe seiner Regierung sein werde. Über diesen „inneren Frieden“ sollte sein wahres Gesicht sehr bald zeigen. Mit dem Feldzug gegen den Bolschewismus begann die Regierung ihren radikal-reaktionären Kurs, um ihn dann zu einem großzügigen Generalangriff auf die gesamte Arbeiterklasse, ihre wirtschaftliche Lage, und ihre Rechte zu erweitern. Unter der Regierung des „Mannes des Ausgleichs“ führte die Bourgeoisie ihr Attentat gegen die Bergarbeiter durch und dann auch den Kampf gegen die Arbeiter anderer Industrien. Was sich früher konservative Regierungen nicht gewagt hatten, die Regierung Baldwin wagte es: das Gesetz gegen die Gewerkschaften, mit dessen Hilfe die politische Bewegung der Arbeiterklasse vernichtet werden sollte. Der Streik ist mäßigungen. Die englischen Gewerkschaften haben den übermächtigen Teil ihrer Mitglieder von der Notwendigkeit der Entlastung von Beiträgen für die Labour Party überzeugen können, so daß nach den vorliegenden Berichten eine finanzielle Schwächung der Labour Party wenigstens in empfindlichem Maße nicht eingetreten ist. Trotzdem aber ist das Gewerkschaftsgesetz ein Dokument dafür, daß auch im Mutterlande der Demokratie die Bourgeoisie die Grundsätze ihrer Demokratie zertrampelt, wenn es gilt, den Vormarsch der Arbeiterklasse aufzuhalten. Es können hier nicht im einzelnen alle reaktionären Maßnahmen der Baldwin-Regierung und des Parlaments aufgezählt werden. Es sei zusammenfassend nur daran erinnert, daß alle von der Arbeiterregierung vorgehenden sozialen Pläne — das großzügige Wohnungsgesetz! — fallengelassen worden sind und daß eben erst vor wenigen Wochen auch die Arbeitslosenfürsorgegesetzgebung verschlechtert worden ist.

Diese Tatsachen im Zusammenhang mit der fast unvermindert fortbestehenden starken Arbeitslosigkeit bezeugen die tiefe Kluft, die zwischen dem Proletariat und der Bourgeoisie besteht. Wäre es nicht England, so würde man die Meldungen, daß gerade in dieser Situation Verhandlungen zwischen dem Generatrat der Gewerkschaften und führenden Industriellen auf-

Die Kommunistenhab in Frankreich

Die Kammer beschließt die Verhaftung der fünf kommunistischen Deputierten

Mit Hilfe der Radikalen Partei

SWD Paris, 12. Januar.

In der Donnerstagsitzung der Kammer, die sich schon äußerlich — die Minister sind mit Ausnahme Painlevés vollständig erschienen und die Tribünen sind überfüllt — als großes politisches Ereignis ankündigt, hielt der zum Präsidenten wiedergewählte sozialistische Abgeordnete Bouisson zunächst eine längere Rede. Er gab darin einen Rückblick über die geschichtliche Arbeit des französischen Parlamentes im vergangenen Jahre und betonte vor allem die von der Kammermehrheit der Briandischen Politik gewährte Unterstützung. Das Recht der parlamentarischen Kontrolle sei unversehrt und unbestritten geblieben; es möge auch in der Zukunft zumal wenn die Revision des Dawesplans zur Debatte stehen sollte, so bleiben. Hierauf wählte der Präsident die Fortschritte, die auf finanziellen Gebieten gemacht worden sind, erklärte jedoch, daß die Steuerlasten, die auf Konsum und Erzeugung in Frankreich liegen, zu schwer seien und eine Änderung des gegenwärtigen Steuersystems in der nächsten Zeit unerlässlich sein würde. Unter dem Vorbehalt, die die Kammer vor den Neuwahlen noch zu leisten hat, hob der französische Kammerpräsident die Erledigung der Sozialversicherung und des Siedlungsgesetzes hervor. — Diese Rede wurde von der Kammer mit großem Beifall aufgenommen.

Die Sitzung wurde dann unterbrochen, um den Ministern, die Mitglieder des Senats sind, die Teilnahme an der Wahl seines Präsidiums zu ermöglichen.

Zwischenher herrschte innerhalb und außerhalb des Kammergebäudes große Erregung wegen der Entscheidung über das Schicksal der verurteilten 5 kommunistischen Abgeordneten, von denen nur Cachin und Bailly-Latourier erschienen waren.

Die Polizei hatte am Donnerstag wiederum außerordentliche Maßnahmen ergriffen; der Polizeipräsident von Paris war selbst mit den höchsten Beamten in Aktion getreten.

Als die Sitzung wieder eröffnet war, forderte Genosse Uhrig im Namen der sozialistischen Fraktion die Aufrechterhaltung der parlamentarischen Immunität der kommunistischen Abgeordneten. Der Justizminister erklärte, daß die Verurteilung der sozialistischen Antrags und stellte die Vertrauensfrage.

Im weiteren Verlauf der Debatte, in der Kammer steigerte sich die Erregung der Abgeordneten außerordentlich. Als Justizminister Barthou gesprochen hatte, kam gleich

Marcel Cachin

zum Wort, der in geschickter Weise dagegen protestierte, daß die Regierung ihn abwechselnd im Gefängnis, in der Kammer und wieder im Gefängnis haben wolle. Die kommunistischen Abgeordneten würden sich zu einem solchen Spiel nicht hergeben, und nichts werde sie von der Ausübung ihrer Pflichten abhalten. „Wir sind hierhergeschickt worden, um unsere Ideen ehrlich zu vertreten; unsere Wähler sind ebensoviel wert wie die Thesen. Sie haben das Recht, hier vertreten zu sein!“ Dann bestieg der Sozialist Leon Blum

die Tribüne, dessen Ausführungen einen außerordentlich starken Eindruck auf die Kammer machten. Er verlangte die Beobachtung der Verfassung, die nur eine Deutung, die im Sinne der Aufrechterhaltung der parlamentarischen Immunität, zulasse. Die Regierung stelle die Vertrauensfrage nur, um jene Abgeordneten, deren Einstellung sie nicht länger wäre, zur Stimmabgabe für sich zu zwingen. Zu den Radikalen geworden, rief Blum aus: „Hier sollen Abgeordnete auf Grund jener Ausnahmebestimmungen verurteilt werden, deren Beseitigung Sie gefordert haben. Ihr Republikanismus wolle das akzeptieren, ich kann es nicht glauben!“

Ministerpräsident Poincaré springt auf, Blum aber spricht weiter, indem er den Unterrichtsminister Herriot persönlich apostrophiert, der einmal den Präsidentenstuhl der Kammer verlassen hatte, um gegen die von Caillaux zur Sanierung der Finanzen geforderten Ausnahmebestimmungen zu protestieren. Blum fragt Herriot direkt, ob er, nachdem er damals durch sein Auftreten den Sturz des Kabinetts herbeigeführt hatte, wieder für das Recht der Immunität in die Arena steigen würde. Blum schließt mit den Worten: „Das politische Problem stellt sich in seiner ganzen Bedeutung dar. Die Republikaner müssen es lösen.“

Die Aufregung hat ihren Höhepunkt erreicht. Die Lage der Regierung ist kritisch. Da verlangen ihre Freunde Unterbrechung der Sitzung, die beschlossen wird.

Die radikale Fraktion trat sich zusammen. Auch Poincaré und Justizminister Barthou waren in der Beratung. Nach einer halben Stunde wird die Kammer Sitzung wieder aufgenommen. Poincaré vertritt nochmals den Standpunkt der Regierung. Nach einer kurzen Rede des Präsidenten der Radikalen Partei, Daladier, in der er die Ausnahmebestimmungen ablehnt und erklärt, gegen die Regierung stimmen zu müssen, kommt es zur

Abstimmung.

Sie ergibt die Ablehnung des sozialistischen Antrags mit 310 gegen 227 Stimmen. Diese relativ große Mehrheit für die Regierung kann nur damit erklärt werden, daß die Kammer vor einem Sturz Poincarés im gegenwärtigen Augenblick zurückdrückte. Hierauf beantragt Genosse Uhrig, daß die verurteilten Kommunisten erst nach Ablauf der Wahlperiode verhaftet werden dürfen. Auch dieser Antrag wird mit 298 gegen 229 Stimmen abgelehnt.

Beim Verlassen des Kammergebäudes wurden Cachin und Bailly-Latourier verhaftet und im Automobil ins Gefängnis gebracht.

Ein großes Volksaufgebot hielt den Platz besetzt. Immerhin hatten sich gegen 1000 Personen versammelt, die im Augenblick der Verhaftung „Es lebe Cachin“ riefen. Die Kammerabstimmung dürfte zu einer Krise in der Radikalen Partei führen. Ihr Präsident, Daladier (der nicht Präsident der Fraktion ist, Red.), soll keinen Rücktritt beabsichtigen, weil ihm die Fraktion nicht gefolgt ist. 60 Radikale stimmen für die Regierung, 44 gegen sie, während sich etwa 30 der Stimme enthielten. Auch Herriot wählte sich als Mitglied des Kabinetts Poincaré nicht mehr angehend von seiner Partei unterstützt.